

zu begegnen ist. Grundätzlich wird festgestellt, daß von den Geistlichen, soweit sie — namentlich im Religionsunterricht — im Staatsdienst tätig sind, verlangt werden muß, daß sie sich nicht nur während des Unterrichts jeder negativen Einstellung gegenüber dem Nationalsozialismus zu enthalten haben, sondern daß sie darüber hinaus, wie alle anderen Staatsdiener, für den nationalsozialistischen Staat positiv einzutreten haben, sich also mit ihrer ganzen Persönlichkeit rückhaltlos hinter ihn stellen müssen.

Der Ministerpräsident stellt ferner fest, daß die sogenannten konfessionellen Jugendverbände sich immer mehr von ihrer ausschließlichen religiösen Betätigung entfernen. Wenn nicht eine vollständige Umstellung hierin eintritt, sind die Verbände als politische anzusehen und zu verbieten. Das Tragen von Uniformen und alle volkspolitische Betätigung ist ausschließlich der Staatsjugend und den anderen Gliederungen der Partei vorbehalten.

Der Ministerpräsident macht es allen Staatsbehörden zur Pflicht, die aufgezeigten Mißstände entschieden zu unterbinden, sich dabei aber der ganzen Schwere der Verantwortung bei der Anwendung der gesetzlich gegebenen Handhaben bewußt zu sein.

Der Gottesglauben und die Religion der katholischen Volksgenossen wird nicht angefaßt, wie überlassen der katholischen Kirche genau so wie der evangelischen Kirche die völlige Freiheit des Glaubens und der Lehre. Politisch aber ist nur eine Staatsauffassung in Deutschland vorhanden und denkbar: Die nationalsozialistische Idee.

Wir wollen keinen Kulturkampf, da wir nur den politischen Kampf kennen; in diesem aber waren und bleiben wir siegreich. Zu diesem Grundgedanken betont der Ministerpräsident, daß der politische Katholizismus letzten Endes durch eine positive nationalsozialistische Aufbauarbeit überwunden werden muß, wobei er auf die besonders wichtige Rolle hinweist, die die NS. im weltanschaulichen Ringen um die Jugend spielt.

Zusammenfassung der Kirchenangelegenheiten

Im Reichsgesetzblatt vom 18. Juli wird folgender Erlass des Führers und Reichstanzlers veröffentlicht:
Auf den Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Kerrl, gehen die bisher im Reichs- und preussischen Ministerium des Innern sowie im Reichs- und preussischen Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung bearbeiteten kirchlichen Angelegenheiten über. Wegen der Ausführung des Erlasses treffen die beteiligten Reichs- und preussischen Minister nähere Bestimmung.

Verlust der Wehrwürdigkeit

Änderung des Militärstrafgesetzbuches.

Das im Reichsgesetzblatt Nr. 79 vom 17. Juli 1935, Seite 1021, veröffentlichte Gesetz enthält die Änderungen, die auf Grund des Wehrgesetzes im Militärstrafgesetzbuch erforderlich wurden. Es enthält folgende Grundzüge:

1. Das Militärstrafgesetzbuch ist nicht mehr allein auf Heer und Marine, sondern auf die ganze Wehrmacht abgestellt. Die Ehrenstrafe der Entfremdung aus dem Heer oder der Marine wird durch die Ehrenstrafe des Verlustes der Wehrwürdigkeit ersetzt.
2. Für die Wehrpflichtigen des Beurlaubtenstandes werden besondere Strafbestimmungen wieder eingeführt.
3. Die Ehrenstrafe der Dienstentlassung für Mannschaften wird beseitigt, abgesehen von folgenden Fällen: a) Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bis zu 3 Jahren (über 3 Jahre Verlust der Wehrwürdigkeit), b) Gefängnis von längerer als einjähriger Dauer wegen vorwiegend begangener Tat, c) Unfähigkeit zum Bekleiden öffentlichen Amtes, d) Anordnung der Unterbringung in einer Trinkerheilanstalt oder einer Entziehungsanstalt oder in einem Arbeitshaus oder Unterbringung der Berufsausübung.

Auf Grund des Wehrgesetzes gilt als Grundsatz, daß der während der Erfüllung seiner aktiven Wehrpflicht bestrafte Soldat die Straftat nach Strafverbüßung nachzudienen hat.

Bier Milliarden Arbeitsstunden mehr

Frauenarbeit in der Wirtschaft wieder zurückgedrängt.

Aus einer eingehenden Untersuchung des Statistischen Reichsamts über die Beschäftigung der deutschen Industrie geht hervor, daß sich die wirtschaftliche Lage der gesamten Industrie mit dem Jahre 1933 grundätzlich gewandelt hat. Die vielfach verbreitete Meinung, daß die industrielle Tätigkeit im zweiten Halbjahr 1934 nur den Stand um die Jahresmitte zu behaupten vermochte, steht nicht im Einklang mit den Tatsachen. Es ist vielmehr eindeutig festzustellen, daß die Beschäftigung der Industrie, von saisonmäßigen Einflüssen abgesehen, vom Frühjahr 1933 an ununterbrochen gestiegen ist.

In der Zeit vom Januar 1933 bis November 1934 hat sich nicht nur die industrielle Beschäftigung um zwei Millionen Arbeiter erhöht, sondern auch die tägliche Arbeitszeit von 6,75 Stunden auf 7,60 Stunden. Das Arbeitsvolumen hat von 579 Millionen Stunden im Januar 1933 auf 1,02 Milliarden Stunden im November 1934 zugenommen. Im Jahre 1934 wurden insgesamt 11,8 Milliarden Stunden geleistet, gegen 7,9 Milliarden im Jahre 1932 und 14,6 Milliarden im Jahre 1929. Im Frühjahr 1935 hat sich der Auftrieb fortgesetzt.

Das Amt hat u. a. auch den Anteil der Frauenarbeit in der Industrie untersucht, der in der Nachkriegszeit bedeutend stärker gestiegen war als vor dem Kriege. Während in den Jahren 1875 bis 1907 sich der Anteil der Frauenarbeit in Industrie und Handwerk nur von 15,7 auf 17,7 v. H. erhöht hatte, kamen 1925 auf 100 beschäftigte Arbeitskräfte bereits 21,2, im Jahre 1933 sogar 23,7 Frauen. Seit der Machtübernahme, so stellt das Reichsamt fest, ist die Frauenarbeit in der Wirtschaft wieder zurückgedrängt worden gemäß den Grundätzen nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik. Welcher Erfolg dabei erzielt wurde, ergibt sich aus der Krankentassen-Statistik, wonach der Anteil der Frauenarbeit in der Gesamtwirtschaft von 36,7 v. H. im Jahre 1932 auf 32,4 v. H. im Jahre 1934

Avenols Mission gescheitert?

Französische Stimmen zu den Vermittlungsversuchen

Paris, 19. Juli.

Die Bemühungen des Generalsekretärs des Völkerbundes, Avenol, in London und Paris zu erreichen, daß außerhalb des Völkerbundes Dreierverhandlungen zwischen England, Frankreich und Italien geführt würden, sind, wie das „Devoir“ meldet, gescheitert.

Diese Regelung, die für Frankreich sehr annehmbar gewesen wäre, sei an der Haltung der britischen sowie der italienischen Regierung zunichte geworden. Die Briten seien zu ihrer früheren Einstellung zurückgekehrt, den Streitfall vor dem Völkerbund zu regeln. Somit sei der Zusammentritt des Völkerbundsrats nach dem 25. Juli unvermeidlich geworden. Die Bemühungen des französischen Botschafters in Rom, die Absichten Italiens kennenzulernen, hätten ebenfalls zu keinem Erfolg geführt.

Mussolini beschränke sich darauf, allen hochgestellten Personen, die sich ihm näherten, zu erklären, daß das Ansehen Italiens einen Feldzug in Abessinien verlange und daß er nicht mehr Verhandlungen zu führen wünsche.

Zwar handle es sich hier um ein Handover, denn im letzten Augenblick werde er sich mit Absicht „vergleichen“. Man suche daher angesichts der bevorstehenden Ratstagung, zu einer neuen Taktik zu gelangen, die darin bestehe, Italien zu veranlassen, sich des Völkerbundes zu bedienen, anstatt sich gegen ihn zu wenden. Da Italien behauptet, umfangreiche Unterlagen für Anklagen gegen Abessinien wegen des dort herrschenden Sklavenhandels, wegen Grenzverletzungen, wegen Nichtinhaltung von Verträgen usw. zu besitzen, sei es empfehlenswert, diese Akten dem Völkerbundrat zu unterbreiten. „Echo de Paris“ empfiehlt Italien ebenfalls, seine Vorwürfe gegen Abessinien dem Völkerbund vorzulegen. Das Blatt begt jedoch über den Ausgang der Genfer Verhandlungen Zweifel und meint, man könne nicht sehen, wie auf friedlichem Wege eine Lösung zu erreichen sei. Unter diesen Umständen sei die Lage der französischen Regierung außerordentlich heikel. Werde sie gezwungen sein, nunmehr die Initiative zu ergreifen? Die französische Regierung stehe auf jeden Fall vor einer schwierigen Aufgabe.

zurückgegangen ist. Was die Industrie allein anlangt, so waren in den Monaten Februar und März 1934 auf 100 beschäftigte Arbeiter 30 Frauen festzustellen. Ende des Jahres 1934 nur noch 25,5. Das durchschnittliche Monatseinkommen der jeweils in der Industrie beschäftigten Arbeiter hat sich vom zweiten Halbjahr 1932 bis November 1934 um 18 v. H. erhöht.

Danziger Frontkämpfer erholen sich in Sachsen

Der Nationalsozialismus sieht eine seiner Aufgaben darin, die außerhalb der Reichsgrenzen lebenden Volksgenossen in ihrem Kampf um die Erhaltung ihres Volkstums zu unterstützen. So wie die NSDAP einerseits die Verständigung mit den Frontsoldaten und Kriegsgespielen anderer Länder sucht, die Deutschland im Weltkrieg als Feinde gegenüberstanden, so sieht sie es auch als ihre selbstverständliche Pflicht und eine ihrer vornehmsten Aufgaben an, mit den zugehörig des deutschen Vaterlandes wohnenden deutschen Kameradegenossen in enger Fühlung zu bleiben und die alte Kameradschaft mit ihnen immer wieder zu erneuern. Dies kann am besten dadurch erfolgen, daß diesen alten Kameraden Gelegenheit gegeben wird, sich im gemeinsamen Mutterland von den Schönheiten und der Wiedererstarung Deutschlands im Dritten Reich zu überzeugen. So wie im vorigen Jahr rund 1500 Kameraden von der Saar Erholung von ihren Kriegseiden und ihrem gewaltigen Kampf um die Rückkehr der Saar zum Reich in der herrlichen Sächsischen Schweiz durch die NSDAP fanden, so kann auch in diesem Sommer dank der Unterstützung maßgebender Stellen 700 Kameraden aus dem abgetrennten Danzig ein zehntägiger kostenloser Erholungsaufenthalt geboten werden. Drei Transporte von je sechzig Kameraden haben Wehlen und Bad Schandau bereits wieder verlassen.

Aus dem Gerichtssaal

Sie will ihn bessern.

Vor der Großen Brenzlauer Strafkammer hatte sich der bereits zwölfmal vorbestrafte Angeklagte Erich W. aus Eberswalde zu verantworten. W., alter Gewohnheitsverbrecher, der auch schon mit dem Zuchthaus Bekanntheit machen mußte, hatte einen Arbeitskameraden bestohlen. Der Staatsanwalt beantragte deshalb gegen ihn drei Jahre Zuchthaus und Sicherungsverwahrung. Das Gericht verurteilte W. jedoch nur zu anderthalb Jahren Zuchthaus. Dieses milde Urteil hatte er aber nach den Worten des Vorsitzenden in der Urteilsbegründung nur seiner Frau zu verdanken, mit der er sich vor zehn Tagen im Gefängnis trauen ließ. Die Frau erklärte vor Gericht, daß sie energisch dafür sorgen wolle, ihren Mann nach Verbüßung seiner Strafe wieder auf den rechten Weg zu bringen.

Allerlei Neuigkeiten

Ein drittes Opernhaus für Berlin. Das Theater des Westens in Berlin, das schon in den letzten Jahren dann und wann einmal Opern brachte, und das vor Jahren die Broke Volksoper beherbergte, wird von Beginn der neuen Spielzeit ab in großem Stile als Reichsvolksooper geführt werden. Zum Leiter wurde der bisherige Danziger Generalintendant, Generalmusikdirektor Erich Orthmann, bestellt.

Letzte Fahrt der „Cap Bolonia“. Der ehemalige Hamburg-Süd-Dampfer „Cap Bolonia“, dessen Inneneinrichtung kürzlich öffentlich versteigert wurde, hat unter Führung von Kapitän Högemann ab Hamburg seine letzte Fahrt angetreten. Das Schiff wird von drei Schleppdampfern des Norddeutschen Lloyd nach Bremerhaven gebracht. Es wird dort im Auftrag einer Elbener Firma abgewrackt.

Neuer Weihbischof von Trier. Der Domkapitular und Beistliche Rat Fuchs in Trier ist vom Papst zum Weihbischof von Trier ernannt worden. Der neue Weihbischof wurde am 1. November 1876 in Koblenz geboren. Vor dem Kriege war er in Holz bei Saarbrücken lange Zeit tätig, später ebenfalls mehrere Jahre in Neuwied. 1927 kam er nach Trier, wo er vor zwei Jahren als Organisator der Wallfahrt zum Heiligen Rock in Trier hervortrat.

Unter dem Verdacht des Kindesmordes. Die von ihrem Mann seit Dezember 1934 getrennt- und in Ehescheidung ebende Frau Ruth Elisabeth Flotow ist unter dem dringenden Verdacht, in der Nacht zum 10. Juli ihr zwei Monate altes Kind durch einen Stich in die Schädeldecke getötet zu haben, in der Wohnung ihres Freundes in Nürnberg festgenommen und noch am gleichen Tage in das Untersuchungsgefängnis nach Augsburg eingeliefert worden. Die Verhaftete bekennt, das Kind vorsätzlich getötet zu haben, gibt aber die Möglichkeit zu, den Tod des Kindes dadurch verursacht zu haben, daß sich das Kind beim Herausnehmen aus dem Bettchen an einer in ihrem Schlafrock hängenden

Haare am Kopf vertieft haben konnte. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde gegen die Frau wegen Verdachts des Kindesmordes die Voruntersuchung eröffnet.

Bestohene Finanzbeamte. In Bromberg wurden zwei Beamte des Finanzamts verhaftet, die seit mehreren Jahren Bestechungsgelder von Steuerzahlern angenommen und wie angeordneten Steuerregelungen nicht durchgeführt haben.

Abschuss eines belgischen Jagdflugzeuges. Auf dem Brüsseler Militärflugplatz stürzte ein belgisches Jagdflugzeug englischer Herkunft bei einem Probeflug ab. Der Pilot, ein englischer Leutnant, war auf der Stelle tot. Die Maschine ging vollständig in Trümmer. Das verunglückte Flugzeug ist einer der neuesten Farrey-Eindecker, die mit vier Maschinengewehren und einer im Rotor eingebauten feinen Kanone, die vom Führer aus bedient werden kann, ausgerüstet sind. Die Höchstgeschwindigkeit beträgt 400 Kilometer.

Wolkenbruch zerstört Häuser und Brücken in Frankreich. Ein verheerender Wolkenbruch hat, wie aus Grenoble berichtet wird, die Ortschaft Champigny les Bas heimgesucht. Gewaltige Wasserfluten gingen zu Tal und rissen alles auf ihrem Wege nieder. Fünf Brücken wurden fortgeschwemmt und viele Häuser zerstört. Auch die Nachbarorte sind heimgesucht worden. Truppen aus Albertville sind für Bergungsarbeiten eingesetzt worden. Glücklicherweise scheinen nach den bisherigen Meldungen keine Menschenleben zu beklagen zu sein.

Die Unwetterkatastrophen in Spanien. Der bei den kürzlichen Unwetterkatastrophen in Spanien angerichtete Schaden wird in seinem ganzen Umfang erst jetzt deutlich. Sachleute veranschlagen den Schaden allein in der Gegend von Nula auf über 12 Millionen Peseten, was die ersten Veranlagungen weit übersteigt. 80 v. H. des Bodens in jener Gegend werden in den nächsten zwei Jahren keinen Ertrag liefern, da der Hagel, der stellenweise eine 20 Zentimeter dicke Schicht bildete, alles zerstört hat. 20 000 Familien sind von dem Unglück betroffen worden und erwarten Hilfsmaßnahmen der Regierung.

Gefahren der Nordöstlichen Durchfahrt. Die ersten Sowjetische, die in diesen Tagen unter großer Ankündigung der Sowjetpresse die Ausfahrt nach dem Fernen Osten auf dem Wege der nordöstlichen Durchfahrt an der Nordküste Sibiriens entlang angetreten haben, sind in Schwierigkeiten geraten. Sie sind von großen Eisfeldern eingeklemmt und müssen vorläufig auf jeden Versuch, vorwärts zu kommen, verzichten. Ihre Lage wird noch dadurch erschwert, daß vor einigen Tagen ein schwerer Sturm aufgeworren ist. Um sie herum hat sich eine unbewegliche Eisschicht gebildet. Eisbrecher sind zur Hilfe entsandt worden.

Lasterwagen vom Schnellzug erfasst. In Upper Sandusky (Indiana) ereignete sich ein schweres Verkehrsunfall. An einer ungeschützten Kreuzung rastete ein Schnellzug in einen Lasterwagen hinein und entgleiste. 20 Personen wurden verletzt, davon drei schwer.

Eisenbahnunglück im Staate Washington. Auf der Wallawalla-Zweigbahn stieß ein Güterzug mit dem Nordpazifik-Zug zusammen. Ein Lokomotivführer und drei Fahrgäste wurden getötet, zahlreiche Personen verletzt. Fünf Wagen entgleisten.

Sächsisches

Dresden. An der gefährlichen Kreuzung Bernhard-Bergstraße trug sich am Donnerstagsvormittag ein schweres Verkehrsunglück zu. Dort stieß ein die Bergstraße abwärts fahrender, mit 200 Zentnern Holz beladener Lastzug mit einem Personenkraftwagen zusammen. Das Personenauto wurde zur Seite geschleudert. Ein Fußgänger wurde von dem Auto erfasst und so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Autosinsassen kamen ohne Verletzungen davon. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

Schnitz. Im benachbarten Niedererndel fuhr am Donnerstagsmorgen auf der abfälligen Bahndammstraße der 24 Jahre alte Einwohner Fleck mit solcher Wucht mit dem Fahrrad gegen einen Straßbaum, daß er mit zerschmettertem Schädel tot liegen blieb. Fleck hatte sich während der Fahrt umgedreht und dadurch die Gewalt über sein Rad verloren.

Delsnitz i. E. Fördermann verunglückt. Auf der Gewerkschaft Deutschlands zerriff die Spannkette und traf den 26 Jahre alten Fördermann Seibel mit großer Gewalt in den Rücken. Schwerverletzt mußte er im Nächstgelegenen Krankenhaus Aufnahme finden.

Grossau i. B. Durch Not in den Tod. Zwei arbeitslose Familienväter von hier hatten sich trotz aller Warnungen und Verbote in das Gebiet des Gütaborer Bera-

werts
len zu
Stollen
werden
Difer.
zungsa

Ma
Donner
Regieru
die Reg
dert we
republi
denßer
handelt,
weiter.

Soa

Com
hate ei
Prof M
wid es
angeneh
werde
bereten.
gen, so
Beziehun
ein Wirt
und drin
seit 1914
nicht vor
gefährlic
len unzu
ben, son

Ne

Par
minister
drei Ma
in Aufr
37 Ton
große F
einer St
lang in
vor Ferk
Rehenden
Jahr in
werden, d

Sta

Die
gebung
Aktion
Lundung
minister
Kenntnis
haltung